

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 25

Köln, den 17. Juni 1932

33. Jahrg.

Vorzeichen des Rückschritts.

Die erste Tat einer jeden neuen Regierung ist eine Verlautbarung, in der sie ihre Ziele und Absichten mehr oder weniger deutlich zur Kenntnis der Öffentlichkeit bringt. In der Nachkriegszeit haben wir eine schon stattliche Reihe von Regierungserklärungen erlebt. Ein großer Teil der in diesen enthaltenen programmatischen Zielsetzungen ist unerfüllt geblieben. Die Verwirklichung gewisser Programmpunkte hätten auch wir als Arbeiter nur begrüßen können. Andere Teile früherer Regierungserklärungen haben bei uns auch große Bedenken ausgelöst und unseren energischen Widerspruch herausgefordert, wenn darin eine Verletzung unserer Rechte erblickt oder eine einseitige Belastung der Arbeiterschaft vermutet werden mußte. Keine der früheren Regierungserklärungen aber hat die Behauptung gewagt, daß Deutschland zu einer Wohlfahrtsanstalt gemacht worden sei, wie das in der sonst sehr dürftigen Erklärung des neuen Reichskabinetts geschehen ist.

Es ist bekannt, daß die jetzige Reichsregierung sich aus Persönlichkeiten jener Kreise zusammensetzt, deren Abneigung gegen die Bestrebungen und Forderungen der Arbeiterschaft sprichwörtlich ist. Geburts- und Industrieadel ist nie bereit gewesen, sich mit der in der Nachkriegszeit eingetretenen steigenden Bedeutung der Arbeiterschaft im Gesamtleben der Nation abzufinden. Selbst die nun endlich erfolgte Besetzung des RAW. wird diese Meinung nicht erschüttern können. In der zugunsten der Arbeiterschaft veränderten Stellung der Stände und Gruppen haben die durch Geburt und Besitz ausgezeichneten Kreise eine Schmälerung ihrer Rechte und Herrschaftsglücke erblickt und nie verwinden können. Von diesen selben Kreisen ist die neue Regierung mit einem Seufzer der Befreiung aufgenommen und mit hochgespannten Erwartungen begrüßt worden. Und doch war diese Regierung falsch beraten. Ihre erste amtliche Verlautbarung hätte, weil sie doch nicht nur eine lakonische Aufzählung politischer Ziele sein sollte — die aber weitgehend vermisst wird —, sondern wie jede andere und frühere Antrittserklärung der Regierungen um das Vertrauen des gesamten Volkes werben will, Formulierungen vermeiden müssen, die bei der Arbeiterschaft wie ein Schlag ins Gesicht und für die große Masse der Arbeitslosen und Hilfsbedürftigen ohne Zweifel beleidigend wirken müssen. Dort steht zu lesen:

„Die Nachkriegsregierungen haben geglaubt, durch einen sich ständig steigenden Staatssozialismus die materiellen Sorgen dem Arbeitnehmer wie dem Arbeitgeber in weitem Maße abnehmen zu können. Sie haben den Staat zu einer Art Wohlfahrtsanstalt zu machen versucht und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt. Sie haben ihm Aufgaben zuerteilt, die er seinem Wesen nach niemals erfüllen kann. Gerade hierdurch ist die Arbeitslosigkeit noch gesteigert worden. Der hierauf zwangsläufig folgenden moralischen Zermürbung des deutschen Volkes, verschärft durch den unseligen gemeinschaftsfeindlichen Klassenkampf und vergrößert durch den Kulturhollerschismus, der wie ein fressendes Gift die besten sittlichen Grundlagen der Nation zu vernichten droht, muß in letzter Stunde Einhalt geboten werden.“

Beweisen diese Sätze nicht ihre Front gegen die Arbeiterschaft sehr eindeutig? Beweisen sie nicht auch, daß der oder die Urheber wenig oder gar nichts von der Lage der arbeitenden und darbenenden Volksgenossen wissen und kennen? In der ganzen Regierungserklärung findet sich kein Wort der Anerkennung für die Arbeiterschaft, die doch durch ihr Bekenntnis und Verhalten den Weiterbestand des

deutschen Staates in der Hauptsache erst möglich machte. Statt dessen wird vom Klassenkampf geredet, der, wie uns scheint, jetzt wohl von oben her begonnen werden soll.

Zum Wohlfahrtsstaat habe man Deutschland zu machen versucht? Wohlfahrtsstaat etwa nur für die Arbeiterschaft? Ist nicht anderen Kreisen: der Landwirtschaft, der Industrie, den Geldinstituten Hilfe weit großzügiger gewährt worden als der Arbeiterschaft? Tut man sich nicht etwas zugute auf den der Landwirtschaft gewährten, in einem vor dem Kriege kaum für möglich gehaltenen Zollschutz, den die breite Masse des Volkes doch in entsprechend hohen und festen Preisen zahlen muß? Man betrachte demgegenüber die Hilfsbereitschaft des Staates für die notleidende Sozialversicherung! Mit Einzelheiten ließen sich leicht krasse und empörende Unterschiede beweisen. Der Kreis der schullos Hilfsbedürftigen ist nicht zuletzt darum so angeschwollen, weil die Führung der Wirtschaft der Krise und ihren Begleiterscheinungen so völlig hilflos gegenüberstand. Jetzt vom Wohlfahrtsstaat zu reden, steht jenen schlecht an, die für sich und ihre Gruppen bei der Inanspruchnahme von Staatshilfe Bescheidenheit höchstens als eine Tugend für arme Leute verachteten.

Es heißt in der Regierungserklärung, die Nachkriegsregierungen hätten geglaubt, durch einen sich ständig steigenden Staatssozialismus die materiellen Sorgen dem Arbeitnehmer wie dem Arbeitgeber in weitem Maße abnehmen und dem Staat Aufgaben erteilen zu können, die er seinem Wesen nach niemals erfüllen kann.

Hier zielt die Regierung offenbar auf den staatlichen Lohnschutz ab, und dieses Satzgefüge läßt darauf schließen, daß sie bezüglich des Tarifrechtes, des Schlichtungswesens und des Lohnschutzes überhaupt bestimmte Absichten hegt, die alles andere denn arbeiterfreundlich und fortschrittlich sein dürften. Die materiellen Sorgen der Arbeiterschaft sind trotz des bisherigen Rechtszustandes niemals zu klein gewesen. Es wäre gut, wenn sich die neuen Männer in den Wohnbezirken der Arbeiterschaft und Glendsgenden der Städte besser umsehen würden.

Tatsächlich ist es in viel stärkerem Maße kennzeichnend für die Entwicklung des Nachkriegskapitalismus in Deutschland gewesen, daß in ihm das Unternehmerrisiko vom Staate weitgehend übernommen worden ist. Zwar nicht die große Zahl der mittleren und kleinen selbständigen Existenzen, aber einige gesellschaftlich mächtige Industriegruppen, und namentlich der getreidebauende Großgrundbesitz haben sich einer Sozialisierung der Verluste erfreut, mit der aufzuräumen eine entscheidende Aufgabe für jede Regierung wäre, die ein gesünderes Verhältnis von Staat und Wirtschaft herzustellen sich zum Ziele setzt. Diese Sozialisierung der Verluste erfolgte zum geringeren Teil durch offene Subvention, zum größeren durch eine protektionistische Zollpolitik, die auf Kosten der Gesamtheit freigebig Liebesgaben an jene Kreise austeilte. Der Zollschutz für Produktionen, die in Deutschland an Förderungswürdigkeit hinter anderen weit zurückstehen, — das ist das eigentliche Kennzeichen für den deutschen Wohlfahrtsstaat der Nachkriegszeit, und wenn die Regierung gegen diese Art von Liebesgabensystem und Wohlfahrtsstaat Front machen will, wenn sie die Eisenzölle reduzieren und das Brot für die breiten Massen, welche dieses Brot heute doppelt überzahlen müssen, verbilligen will, dann nur könnte sie etwas gutmachen von dem, was sie in der Regierungserklärung der Arbeiterschaft und den Hilfsbedürftigen Massen angetan.

Ob sie dazu den Willen hat, ist fraglich. Jedenfalls deuten die bisherigen Verlautbarungen nicht darauf hin, daß das neue „System“

Wert auf die Mitwirkung und das Vertrauen der deutschen Arbeiterschaft legt. Nichts weist darauf hin, daß man gewillt ist, dem sozialen Gedanken im wohlverstandenen Interesse der Gesamtheit Rechnung zu tragen. Und doch wird Deutschlands Zukunft davon abhängen, ob es gelingt, der deutschen Arbeiterschaft gerecht zu werden. Der Kampf darum war schwer und hartnäckig und wird auch in Zukunft

nicht an Hestigkeit und Leidenschaft verlieren. Die Vorzeichen deuten darauf hin, daß wir von einer Staatsordnung, in der die soziale Gerechtigkeit an erster Stelle steht, heute weiter entfernt sind als vordem. Der soziale deutsche Volksstaat aber ist unser Ziel, ihm gilt der Einsatz aller unserer Kräfte.

Der Gesamtverband zum Regierungswechsel.

An die christliche Arbeiterschaft!

Acht Wochen sind seit der Wahl des Reichspräsidenten vergangen. Acht Wochen seit dem Tage, an dem das deutsche Volk, die deutsche Arbeiterschaft in einer starken nationalen Begeisterung und in einer ebenso starken nationalen Opferbereitschaft sich um Hindenburg sammelte. Unter seiner Führung sollten die Grundlagen eines freien deutschen Volksstaates erhalten und ausgebaut werden.

Im Kampf um die innen- und außenpolitische Freiheit des Staates hatte sich Hindenburg für das Volk und den deutschen Volksstaat entschieden. Seine Wahl bedeutete die Sammlung aller wahrhaft nationalen und staatsbehaltenden Kräfte. Sie war ein hoffnungsvoller Auftakt für den Kampf, den der junge nationale und soziale Volksstaat nach innen und außen noch zu bestehen hat.

Die deutsche Arbeiterschaft hat trotz aller Opfer, die Wirtschaft- und Staatskrise ihr auferlegten, ihre beste Kraft in diesem Kampf eingesetzt. Ihre Hoffnung galt der Zukunft des Vaterlandes, die nicht zuletzt in der nationalen Kraft der Arbeiterschaft wurzelt. Sie galt der Hoffnung einer freien deutschen Arbeiterschaft in einem freien deutschen Volksstaat.

Die Wiederwahl Hindenburgs hatte den seelischen Boden bereitet für die Sammlung aller nationalen Volkskräfte. Der Weg zu dieser Sammlung ist von unverantwortlichen Kräften jäh abgebrochen. Die nationale Arbeiterschaft erlebte eine schmerzliche Enttäuschung.

Was die arbeitserfeindlichen Mächte in offener Wahlschlacht nicht erreicht haben, ist ihnen nunmehr durch schrittweises Untergraben der sachlichen und persönlichen Grundlagen der Regierung Brüning gelungen. Ein Weg hoffnungsvoller Volks- und Staatsentwicklung ist abgebrochen worden. Der Weg zu einem neuen „System“ ist beschränkt. Es ist der Weg zur Wiederentrichtung der deutschen Arbeiterschaft.

Der Sturz der Volksregierung Brüning und der vorbereitete Aufmarsch des Klassenkabinetts Schleicher-Papen ist der Versuch der Beseitigung aller Ansätze zum sozialen Volksstaat.

Die christliche Arbeiterschaft hat ihren sozialen Kampf immer aus einem tiefen nationalen Verantwortungsbewußtsein gegenüber Staat und Gesamtvolk geführt. Sie hat Schweres und Schwerstes für Staat und Volk auf sich genommen, um den Weg aus der Krise zu verkürzen und den Freiheitskampf der Nation zu erleichtern. Sie empfindet es als Hohn auf ihren nationalen Willen und ihre nationale Tat, daß nach der wahrhaft nationalen Volksregierung Brüning eine Regierung der sogenannten „nationalen Konzentration“ austritt, die sich aus Vertretern von Gruppen zusammensetzt, deren offensichtliche Ziele auf Zurückwerfung der Arbeiterschaft gehen. Sie steht darin einen verwerflichen Mißbrauch des Nationalen, dem sie schärfste Abwehr entgegensetzt.

Für die christliche Arbeiterschaft gibt es nur eine nationale Volkskonzentration, die aus dem gleichen Recht, der gleichen Pflicht und der gleichen Freiheit aller Schichten und Stände erwächst.

Was die neue Regierung eingeleitet hat, kann nur als eine „nationale“ Klassenkonzentration angesehen werden. An „nationaler“ Klassenherrschaft ist das alte Deutschland zusammengebrochen. Das neue Deutschland wird durch sie nicht gerettet werden.

Die Arbeitserfeindlichkeit der Regierung Schleicher-Papen tritt in ihrer Regierungserklärung klar und eindeutig zutage. Ihre sozialpolitische Haltung geht von der Schlagwortpolitik reaktionärer Kreise aus. Den sozialpolitischen Verpflichtungen, die Staat und Nation in der Not der Krise übernehmen mußten, wird Schwächung der moralischen Kräfte der Nation und eine Steigerung der Arbeitslosigkeit vorgeworfen.

Diese Haltung wird für sie der Auftakt zum Abbau der Arbeitslosen- und Sozialversicherung, des Tarif- und Schlichtungswesens sowie des sozialen Schutzes überhaupt.

Nicht zuletzt um ihres Widerstandes willen gegen diesen Abbau ist die Regierung Brüning-Siegerwald gestürzt worden. Von der Regierung Schleicher-Papen erwartet ihn die soziale Reaktion.

Der Weg der deutschen Arbeiterschaft durch die Staats- und Wirtschaftskrise war der schwerste, den je eine Arbeiterschaft gegangen. Sie ist diesen Weg mit bewunderungswürdiger moralischer Kraft, mit staatspolitischer Disziplin, mit ungeschwächtem Willen zur Selbsthilfe gegangen. Die neue Regierung hat für die staatspolitische Haltung der Arbeiterschaft kein Verständnis. Sie stellt sich mit den Arbeiterfeinden in eine Linie. Damit steht die Arbeiterschaft vor neuem Kampf. Ihre Feinde drohen sich unter dem Schutze der Regierung zu sammeln. Der Deckmantel der nationalen Konzentration und der Rettung christlicher Kultur soll die Arbeitserfeindlichkeit verhüllen.

Der Kampf der christlich-nationalen Arbeiterschaft für christliche Kultur und nationale Freiheit ist so alt wie die christliche Arbeiterbewegung selbst. Die christliche Arbeiterschaft sammelt sich für die kommende Auseinandersetzung im deutschen Volk noch geschlossener um die Idee der Staats- und Volksgemeinschaft, wie sie vor allem auch 1920 auf dem Essener Kongreß der christlichen Gewerkschaften verkündet wurde. Sie sammelt sich zum Kampf für christliche Kultur, zum Kampf für nationale Freiheit, zum Kampf für soziale Gerechtigkeit, zum Kampf gegen alle Feinde dieser wahrhaft deutschen Volks- und Staatsidee.

Berlin, den 7. Juni 1932.

Der Vorstand des Gesamtverbandes
der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Deutschlands Recht zur Einstellung der Reparationen.

Zu Beginn dieses Jahres erklärte der Reichskanzler Dr. Brüning im Reichstage: „Es liegt klar zutage, daß Deutschlands Lage ihm die Fortsetzung politischer Zahlungen unmöglich macht.“ In der Zwischenzeit erfuhr die Öffentlichkeit, daß im Reichshaushalt Mittel für Reparationszahlungen nicht mehr vorgesehen würden.

Der bekannte Reparationspolitiker Professor Dr. Friedrich Raab fordert in einer soeben erschienenen Schrift [Friedrich Raab, Deutschlands Recht zur Einstellung der Reparationen, Verlag von L. Ehlermann, Dresden 1932 (112 Seiten, broschiert 2,60 RM, gebunden 3,80 RM)], in den bevorstehenden Reparationsverhandlungen Deutschlands Recht zur Einstellung der Reparationen nachdrücklich geltend zu machen und sich nicht auf die Feststellung der deutschen Zahlungsunfähigkeit zu beschränken.

In dem ersten, ausführlicheren Teile der Schrift wird dieses deutsche Recht zur Einstellung der Reparationen ebenso allgemein verständlich wie überzeugend und in vielfach neuartiger Weise begründet.

Weil die Gläubiger die von ihnen im Haag mit dem „Neuen Plan“ übernommenen, schon im Youngplan enthaltenen Verpflichtungen zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Deutschland und zur Förderung seiner Ausfuhr mit der nachweisbaren Wirkung deutscher Reparationsunfähigkeit verletzt haben, ist Deutschland zum Rücktritt von diesem „Neuen Plan“ berechtigt. Die nach solchem Rücktritt wieder auflebenden Reparationsverpflichtungen des Vertrages von Versailles sind wegen Anwendung rechtswidrigen Zwanges bei der Unterzeichnung dieses Vertrages und auch des die Summe der deutschen Reparationsverpflichtungen festsetzenden Londoner Ultimatus vom Mai 1921 insoweit anfechtbar, als sie die von der deutschen Regierung in unanfechtbarer Weise anerkannten Reparationsverpflichtungen des „Vorfriedensvertrages“ vom November 1918

zweifelsfrei übersteigen. Die nach solcher Anfechtung des Vertrages von Versailles allein noch zu Recht bestehenden Verpflichtungen des „Dorfriedensvertrages“ hat Deutschland aber durch seine bisherigen Leistungen selbst dann erfüllt, wenn man für den tatsächlichen Umfang der von den Gläubigern behaupteten Schäden und ebenso der deutschen Leistungen die Schätzungen der Reparationsgläubiger zugrunde legt. Aber gerade diese neuartige Methode Professor Raabs, die Erfüllung der deutschen Verpflichtungen sogar auf Grund der gegnerischen Schätzungen nachzuweisen, wenn nur die Rechtsverletzungen des „Dorfriedensvertrages“ ausgeschaltet werden, zwingt sogar die Gläubiger zur Anerkennung des deutschen Rechtsstandpunktes und macht diesen in einer auch politisch bedeutsamen Weise unangreifbar.

Zur weiteren Sicherung des deutschen Rechts zur Einstellung der Reparationen werden alle von deutscher oder gegnerischer Seite vorgebrachten Einwendungen — und selbst solche, die nur erhoben werden können, ohne schon tatsächlich verfochten zu sein — eingehend berücksichtigt. Strafe und übersichtliche Gliederung, deutliche Hervorhebung aller einzelner Glieder der bündigen Beweiskette, Verweisung aller kritischen Auseinandersetzungen und Literaturvermerke in den Anhang machen die Schrift jedem, auch ohne besondere Vorkenntnisse, verständlich.

In einem zweiten, kürzeren Teile begründet Professor Raab alsdann die politische Forderung, das zuvor von ihm bewiesene deutsche Recht zur Einstellung der Reparationen mit allen geeigneten Mitteln im In- und Auslande, vor allem auch durch freie, aber besonnene und sachkundige Aufklärungsarbeit jedes einzelnen nachdrücklich zu verteidigen. Als Begründung für diese notwendige Ergänzung und Unterstützung der bislang sich nur auf unsere Zahlungsunfähigkeit berufenen Regierungspolitik wird vor allem ausgeführt: Die nachdrückliche Verfechtung des deutschen Rechts zur Einstellung der Reparationen ist notwendig, um eine vollständige und dauernde, vor allem aber eine formelle Aufhebung der Reparationsverpflichtungen zu erreichen und nicht nur eine teilweise und vorübergehende, womöglich noch nicht einmal eindeutig begrenzte tatsächliche Verzichtsleistung oder gar nur Stundung; um zu verhindern, daß vor allem Frankreich künftige weitere Stundungen oder Nachlässe zu politischen Erpressungen mißbraucht; um die zur Konsolidierung der kurzfristigen Kredite, zum Wiederaufleben des Vertrauens in die deutsche Wirtschaft und schließlich zur Festigung der gesamten deutschen inneren und äußeren Politik notwendige endgültige Bereinigung der Reparationsfrage alsbald zu erzwingen.

Rundschau.

Arbeitslorenzahlen nach Berufen. Am 31. Januar 1932 wurde durch Umfrage bei den Arbeitslosen festgestellt, welchem Berufe der einzelne Arbeitslose angehört. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen betrug an diesem Tage 6 041 910. Davon waren 4 844 066 Männer und 1 197 844 Frauen. Sie verteilen sich auf die einzelnen Berufe wie folgt:

Metall- und Maschinenindustrie	1 012 000
Baugewerbe	960 000
Industrie der Steine und Erden	270 000
Lohnarbeiter aller Art	910 000
Angestellte aller Art	477 000
Holz-Industrie	316 000
Land- und Forstwirtschaft	312 000
Verkehrsgewerbe	307 000
Bekleidungsindustrie	266 000
Textilindustrie	230 000
Bergbau und Hüttenwesen	205 000
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	177 000
Leber-Industrie	66 000
Papier-Industrie	60 000
Graphisches Gewerbe	54 000
Chemische Industrie	28 000
verschiedene Berufe, meist weibliche	420 000

Zusammen: 6 070 000

Die geringfügige Differenz mit der vorhin genannten Gesamtzahl der Arbeitslosen ergibt sich aus der Abrundung der Zahlen bei den einzelnen Berufen. Besonders stark ausgeprägt ist die Zahl der Arbeitslosen bei der Metall- und Maschinenindustrie mit 1 012 000 oder rund einem Sechstel der Gesamtzahl der Arbeitslosen. Dann folgt das Baugewerbe mit 960 000 Arbeitslosen. Rechnet man die 270 000 Arbeitslosen aus der Industrie der Steine und Erden, die

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Für die Zeit vom 12. bis 18. Juni 1932 ist der 25. Wochenbeitrag fällig.

mit dem Baugewerbe eng verbunden sind, noch hinzu, dann schnell diese Zahl auf 1 230 000 empor.

Die oben vermerkten absoluten Zahlen vermitteln natürlich kein Bild von der in den einzelnen Berufen herrschenden tatsächlichen Arbeitslosigkeit. Zu diesem Zweck muß die noch vorhandene Beschäftigtenzahl mit der Zahl der Arbeitslosen verglichen bzw. davon ausgegangen werden, wie sich die Zahl der Arbeitslosen zu dem Höchststand der in der Konjunktur Beschäftigten verhält. Bei einer solchen Gegenüberstellung weist das Holzgewerbe mit den höchsten Prozentsatz an Arbeitslosen auf.

Schiffbaukrise und Werftindustrie. Londons Register ist die beste Informationsquelle über den Schiffbau und die Werftindustrie. Eine Durchsicht der letzten Veröffentlichungen beweist, daß die Wirtschaftskrise sich auch auf diesem Gebiet verheerend auswirkt. Danach betragen die Weltauftragsbestände am 31. März nur noch 1,3 Millionen BRT. gegen rund 2 Millionen BRT. vor einem Jahre. Dabei geht aus diesem an sich schon sehr starken Rückgang der Auftragsbestände noch nicht einmal die wirkliche Notlage des Weltschiffbaues deutlich hervor. Man muß berücksichtigen, daß heute die wenigen Bauaufträge bei den Werften mit allen Mitteln gestreckt werden, daß also der Arbeitsrhythmus außerordentlich verlangsamt worden ist. Es kommt hinzu, daß bei einer ganzen Reihe von Neubauten, die noch in dieser Aufstellung erscheinen, die Arbeiten eingestellt worden sind. Man braucht in diesem Zusammenhang nur an den 70 000-Tonner der Cunard Line zu erinnern. Der Rückgang der Auftragsbestände trifft alle Staaten. Er ist in besonders subventionsfreundigen Ländern wie in den Vereinigten Staaten und in Italien geringer als in andern Ländern, aber nirgends ist im Vergleich zum Vorjahr eine Erhöhung der Auftragsbestände festzustellen. In Deutschland, in welchem die Aufträge während des letzten Jahres von 0,14 auf 0,10 Mill. BRT. zurückgegangen sind, ist die anteilmäßige Verminderung sogar geringer als in vielen andern Ländern. Das liegt daran, daß die Krise des Weltschiffbaus, die übrigens auch vor einem Jahre schon sehr beträchtlichen Umfang angenommen hatte, doch in Deutschland erheblich stärker in Erscheinung trat als in andern Ländern. Die deutschen Großreedereien hatten schon damals ihr Bauprogramm abgeschlossen, so daß die deutschen Aufträge auch schon vor einem Jahre nur einen geringen Teil der Gesamtbestellungen ausmachten. Zurzeit spielen sie eine noch geringere Rolle; denn nur etwa 30- bis 35 000 BRT. befinden sich für deutsche Rechnung im Bau, wobei es sich zum größten Teil um kleinere Fahrzeuge handelt. Deutlicher noch als an den deutschen Zahlen kann man an den englischen Auftragsbeständen die Schwere der augenblicklichen Krise ermessen. Großbritannien und Irland verzeichnen Bestellungen von 0,37 Mill. BRT., wobei mindestens an 0,10 Mill. BRT. zurzeit überhaupt nicht weitergearbeitet wird. Noch vor einem Jahre stellten sich die englischen Aufträge auf 0,70, vor anderthalb Jahr auf 1,12 Mill. BRT. Auf England, auf das früher durchschnittlich rund die Hälfte aller in Bau befindlichen Schiffe entfiel, kommt zurzeit nicht einmal mehr ein Drittel der Weltauftragsbestände. Die Auftragsverbesserung, die sich die englische Werftindustrie von der Pfundentwertung versprochen hatte, ist ausgeblieben, denn auch von ausländischen Reedereien werden nur in sehr geringem Umfang neue Bestellungen vergeben, wobei angesichts der allgemeinen Notlage jeweils die nationale Werftindustrie möglichst berücksichtigt wird. Noch deutlicher vielleicht als die Zahlen der Weltauftragsbestände kennzeichnet ein Vergleich der Stapelläufe und der neu in Bau genommenen Schiffe die nahezu hoffnungslose Lage. Im ersten Vierteljahr 1931 liefen rund 400 000 BRT. vom Stapel, und annähernd 250 000 BRT. wurden neu in Auftrag genommen. In diesem Jahre liefen nur 125 000 BRT. vom Stapel, und lediglich an 80 000 BRT. ist während der ersten drei Monate die Arbeit neu aufgenommen worden.

Man kann den augenblicklichen Rekordtiefsstand in der Beschäftigung der internationalen Werftindustrie bis zu einem gewissen Grade als Rückwirkung auf eine Zeit übertriebener Neubautätigkeit bezeichnen, wobei diese natürliche Wirkung durch die Weltkrise ganz

außerordentlich verschärft worden ist. Man muß jedoch bei dieser Überlegung berücksichtigen, daß auch während der eigentlichen Hochkonjunktur die Leistungsfähigkeit der meisten nationalen Schiffbauindustrien bei weitem nicht ausgenutzt war. Die beträchtliche Ausweitung der Schiffbaukapazität, die als Folge des Krieges in den meisten Ländern zu beobachten ist, ist fast nirgends in solchem Umfang rückgängig gemacht worden, daß die heutige Leistungsfähigkeit auch bei guter Konjunktur voll beansprucht wäre.

Aus unserm Deutschen Versicherungskonzern. Am 24. Mai d. J. tagten die Generalversammlungen der zu unserm Deutschen Versicherungskonzern (Berlin-Wilmersdorf 1, Hohenzollerndamm 174/177) gehörigen Gesellschaften, um über die Jahresbilanzen zu beschließen. Die Geschäftsergebnisse des Jahres 1931 waren für beide Gesellschaften trotz der ungünstigen Zeitverhältnisse wieder befriedigend. Die Deutsche Lebensversicherung Gemeinnützige Aktien-Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahre 1931 nach reichlichen Abschreibungen einen Reinüberschuß von 539 417,56 RM. Die Prämieinnahme (einschl. der Nebenleistungen und einmaligen Beitragsleistungen für übernommene Kassen) stieg von 11,06 Millionen Reichsmark im Vorjahre auf 13,23 Millionen Reichsmark im Berichtsjahre, die Einnahme aus Kapitalerträgen von 860 000 RM im Vorjahre auf 1 151 000 RM. Die Prämienreserve beträgt einschließlich der Reserve für den übernommenen Bestand der „Sorgenfrei“ Deutsche Bestattungsversicherung Aktiengesellschaft 20,30 Millionen Reichsmark. Die Gewinn- und Verlustrechnung weist in den Gesamteinnahmen 35,4 Millionen Reichsmark aus. Die Gesamtkтива der Gesellschaft (abzüglich Hypothekenschulden und sonstiger fremder Guthaben) betragen 26,9 Millionen Reichsmark. Die Gewinnreserve der Versicherten beträgt rund 1,735 Millionen Reichsmark. Für Versicherungsleistungen einschließlich noch unerledigter Schäden aus den Vorjahren sowie der Rückvergütungen und Zuwendungen von Gewinnanteilen waren 4,01 Millionen Reichsmark erforderlich.

Die Prämiendividende für die Versicherten beträgt in der Lebensversicherung 20 Prozent, in der Neuen Sterbegeldversicherung 15 Prozent der Jahresprämie. Die Aktionärsdividende wird mit Rücksicht auf den gemeinnützigen Charakter der Gesellschaft wiederum nur mit ihrem satzungsmäßigen Höchstbetrage von 4 Prozent des eingezahlten Grundkapitals gewährt. Der summenmäßige Lebensversicherungsbestand betrug Ende 1931 rund 285 Millionen Reichsmark.

Die Deutsche Feuerversicherung Aktien-Gesellschaft, die auch die Einbruchdiebstahl-, die Unfall- und Haftpflicht-Versicherung sowie die Kraftfahrzeug-Versicherung betreibt, erzielte bei einer Gesamtprämieinnahme von rund 2,24 Millionen Reichsmark einen Überschuß von rund 258 000 RM (im Vorjahre 157 000 RM). Der besonderen Rücklage wurden weitere 50 000 RM und daneben zur Bildung eines Organisationsfonds 100 000 RM überwiesen. Danach konnte wieder wie im Vorjahre eine Aktionärsdividende von 8 Prozent des eingezahlten Grundkapitals verteilt werden.

Schäden (ohne Rückstellungen) waren in Höhe von 1 009 000 RM zu decken.

Berichte aus den Zahlstellen.

Zahlstellenkonferenz in Württemberg. Eine Konferenz für die Zahlstellen in Württemberg fand am Sonntag, dem 8. Mai, in Ulm statt. Sie erfreute sich eines guten Besuches, den Bezirksleiter Kollege Kaiserauer bei der Eröffnung als ein gutes Zeichen für den herrschenden Geist im Verbands deutete. Trotz der Schwere der Zeit, der Wirtschaftslage und der vielen Sorgen, die heute auf den Mitgliedern lasten, sei die gute Besichtigung der Konferenz ein Zeichen des Glaubens und Vertrauens an den Gewerkschaftsgedanken. Der Willkommengruß galt besonders dem aus Köln erschienenen ersten Vorsitzenden des Verbandes, dem Kollegen Kurtscheid. Namens der Zahlstelle Ulm sprach der Vorsitzende der Zahlstelle, der Kollege Mayer, Größe und Wünsche besten Erfolges der Tagung aus.

Das Thema, über das sich der Kollege Kurtscheid verbreitete, befaßte sich mit aktuellen Verbands- und Gewerkschaftsfragen. Es wurde bereits ein ausführlicher Bericht in unserem Verbandsorgan Nr. 20 veröffentlicht, der den Inhalt der Ausführungen des Kollegen Kurtscheid wiedergibt. Festgestellt sei hier nur, daß die sachlichen und überzeugenden Ausführungen unseres Zentralvorsitzenden bei allen Delegierten mit großem Verständnis aufgenommen wurden.

Anschließend gab Gauleiter Kollege Melzl einen Bericht über die laufenden Tarif- und Lohnverhandlungen im Holz- und Säger-

gewerbe, wie auch über die Bürstenindustrie. Er wies dabei ganz besonders auf die Schwierigkeiten der heutigen Verhandlungsführung hin und warnte mit Nachdruck vor jeglicher Uneinigkeit der Kollegenschaft, die von anderer Seite so sehr gewünscht werde.

Beide Vorträge lösten bei den Delegierten eine lebhafteste Diskussion aus. Die Ausführungen aller Diskussionsredner zeigten deutlich, daß man sich der schweren Lage der Gewerkschaften, wie auch unseres Verbandes — geschaffen durch die schwierige Wirtschaftslage — voll auf bewußt ist und deshalb auch die vom Zentralvorstand getroffenen Sparmaßnahmen versteht. Weiter kam zum Ausdruck, daß der Wille zur eifrigen Mitarbeit im Verbands, um diesen über diese schwierige Zeit hinüber in eine bessere Zeit zu retten, vorhanden ist.

Am Schlusse der Tagung stellte Kollege Kaiserauer fest, daß ein guter Geist auf der Tagung vorherrschend war und die Kollegen in den württembergischen Zahlstellen denen anderer Bezirke in gewerkschaftlicher Schulung und Verbandstreue nicht nachstehen. Er dankte den Kollegen Kurtscheid und Melzl für die aufklärenden Vorträge und schloß die gut verlaufene Tagung, hinweisend auf den letzten Satz des Referats von Kurtscheid, daß der christliche Gewerkschaftsgedanke und die Gewerkschaften selber nicht untergehen werden, wenn in allen Zahlstellen, so wie in der Vergangenheit auch in der Zukunft mitgearbeitet werde.

Büchermarkt.

Fachkunde für Holzarbeiter I. Teil: Rohstoffkunde. Von Studienprofessor J. Großmann und Gewerbehauptlehrer F. Steininger, 6. Aufl. Mit 62 Abb. und 1 Karte (IV und 68 S.) gr. 8°. (Teubners Berufs- und Fachbücherei Heft 21.) Kart. 1,08 RM (Best.-Nr. 9121). Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin 1932.

Die Fachkunde für Holzarbeiterklassen, zunächst für den Unterricht bestimmt, ist auch seitens der Praxis überaus freundlich aufgenommen worden. Heft 1, die Rohstoffkunde, die nun schon in 6. Auflage erscheint, gibt in übersichtlicher Gliederung eine durch zahlreiche Abbildungen veranschaulichte Darstellung über Wachstum, Bau und Eigenschaften des Holzes, den Weg, den es vom stehenden Stamm bis zur Arbeitsstätte durchläuft, sowie über seine Fehler und Krankheiten. Den Schluß bildet eine Übersicht über die hauptsächlichsten Nughölzer, in die auf besonderen Wunsch auch die Erkennungs- und Unterscheidungsmerkmale der gebräuchlichsten Nughölzer am stehenden Stamm wie am gelagerten Holz neu aufgenommen sind.

Möge das Heft weiteren Zugang zu den jungen Angehörigen des Tischlergewerbes finden, um ihnen über die Ausbildungszeit hinaus Belehrung und Anregung zu geben.

Das Holzproblem im deutsch-polnischen Zollkriege. Von Dr. Gerhard Hahn („Osteuropäische Forschungen“, Neue Folge, Band 12). Herausgeber Professor Dr. Otto Hoehsch. Gr. 8°, VIII und 72 Seiten. Geheftet 3,50 RM. Im Ost-Europa-Verlag, Königsberg Pr. und Berlin W. 35.

In der vorliegenden Arbeit wird ein ebenso bedeutsames wie aktuelles Problem praktisch behandelt: die Frage der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen auf einem ihrer wichtigsten Gebiete, unter Ausschaltung jeder national-politischen Tendenz. Von besonderem Wert ist die eingehende Beurteilung des Holzproblems für die ostdeutsche Forstwirtschaft und die kritische Würdigung der schwierigen Lage der ostpreussischen Holzwirtschaft wie die der Marktlage der deutschen Holzwirtschaft überhaupt. Zum Schluß kommt der gut unterrichtete Verfasser auf die Gestaltungsprojekte in der polnischen Forst- und Holzexportpolitik und auf das Holz im Rahmen der deutsch-polnischen Handelsvertrags-Verhandlungen zu sprechen. Er beendet seine lesenswerte Darstellung mit einer Betrachtung über die künftige Festsetzung der Holzölle im deutsch-polnischen Handelsvertrag. Das Buch ist allen an den deutsch-polnischen Beziehungen interessierten Kreisen ebenso zu empfehlen wie den Holz- und Forstfachleuten.

Intarsien aller Art

Katalog gegen 50 Pfg. in Briefmarken.
E. Biller, Heidelberg, Theaterstraße 711

Einzelanpreis für die Dergesp. Millimeterzelle 80 Pfennig. Stellengesuche und angebotene sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich 6811a, Renloer Wall 8. Telefonruf West 515 46. — Redaktionsschluß 15 Samstag-Mittag.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugesandt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Bezugspreis von RM 1.— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorauszahlung. Gebühren nach Posttarif Nr. 7118 Köln.